Platzjabbeck

Die Linke
Fraktion im Kölner Rat

Nr. 4, 21. Juli 2025

Die Linke – Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de
www.linksfraktion-koeln.de

Kulturprojekt Kolbhalle muss Platz bekommen

Der Rat der Stadt Köln hatte am 28. September 2017 einen richtungsweisenden Beschluss gefasst und NRW Urban Richtlinien zum Verkauf der Kolb-Hallen in der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld auferlegt. Der Beschluss erfolgte einstimmig bei Stimmenthaltung der FDP.

Grundlage des Verkaufs von NRW Urban an einen Investor war ein Nutzungskonzept, das eine Fortsetzung des Kulturprojekts Kolbhalle mit dem Verein „Wir selbst e. V.", den Bau einer dreizügigen Kita und den Bau von 30 % öffentlich geförderten Wohnungen ermöglichte.

Ein Sachstandsbericht vom 3. Juni 2024 zur Ds. 1733/2017 wurde nach sieben Jahren im Intranet unter dem Tagesordnungspunkt 10.2 der Ratssitzung vom 28. September 2017 nachträglich eingestellt.

Der Mitteilung der Verwaltung kann man entnehmen:

„Eine Bauverpflichtung ist im Kaufvertrag enthalten. Grunddienstbarkeiten, die die unter Ziffer 2 des Ratsbeschlusses genannten Nutzungen absichern, sind nicht im Grundbuch eingetragen."

Das bedeutet, dass die Stadt Köln nicht dafür gesorgt hat, dass die Rechtsansprüche des Ratsbeschlusses umgesetzt wurden, und der Trägerverein des Kulturprojektes „Wir selbst e.V." keine Rechtsansprüche hat. Die Stadt Köln antwortete auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke in der Ratssitzung am 3. Juli ausweichend:

„Dies erfolgte jedoch bisher nicht, da die Vertragsparteien keine Einigung in dem nunmehr über Jahre dauernden Verhandlungsprozess erzielen konnten. Hierbei sind →

Initiative der Linken gegen Mietwucher beschlossen

Die Stadt Frankfurt und die Stadt Hamburg gehen aktiv auf die Mieter*innen in ihrer Stadt zu. Sie informieren diese darüber, dass sie gegen überhöhte Mieten nicht machtlos sind, sondern sich an das städtische Wohnungsamt wenden können.

Vielen Einwohner*innen Kölns ist aber nicht bewusst, dass das Wirtschaftsstrafrecht sie vor Wuchermieten schützen kann. Übersteigt ihre Miete die ortsübliche Miete um mehr als 20 Prozent, dann können die Behörden dagegen vorgehen. Ist ein Vermieter nicht einsichtig, können sie ein Bußgeld erheben und eine Rückzahlung der zu viel gezahlten Miete erzwingen.

Die Stadt Frankfurt hat allein zwischen 2020 und 2022 fast 1.400 Verfahren gegen überhöhte Mieten eingeleitet. Vermieter mussten Mieten in Höhe von 419.000 Euro an die Mieter zurückzahlen. Das Verfahren basiert auf § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (WiStrG) und wird dort angewendet, wo die Miete mehr als 20 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt und ein Mangel an vergleichbarem Wohnraum besteht.

Mit einem Antrag in der letzten Ratssitzung wollte Die Linke erreichen, dass die Stadt Köln das Beispiel anderer Städte aufgreift und ähnlich aktiv und konsequent gegen überhöhte Mieten und Mietwucher vorgeht. Denn diese schädigen nicht nur die Mieter*innen. Sie verstärken unter den Einwohner*innen der Stadt auch das Gefühl, wirtschaftlich Stärkeren hilf- und rechtlos ausgeliefert zu sein.

Ein Grund dafür, dass viele Städte bislang wenig konsequent gegen überhöhte Mieten vorgehen, ist die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Im Punkt 1 unseres Antrages schlagen wir deshalb vor, dass der Rat heute die Initiative der →

Bodo Ramelow zur Besuch bei der Büroeröffnung der Bundestagsabgeordeneten Lea Reisner mit unserem Co-Fraktionssprecher und OB-Kandidaten Heiner Kockerbeck.

Länder Bayern, Brandenburg, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen im Bundesrat unterstützt. Ihr Ziel ist es, durch eine Änderung des Paragraphen 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes Verfahren gegen überhöhte Mieten zu erleichtern. Köln würde damit sein Gewicht in die fortdauernde Diskussion zu Gunsten der Mieter*innen einbringen.

Punkt 2 fordert die Verwaltung zu einem aktiveren Vorgehen gegen überhöhte Mieten auf. Nach dem Vorbild der genannten Städte soll sie unter Beteiligung des Mietervereins ein Musterverfahren entwickeln, das zu einer höheren Zahl von Verfahren gegen überhöhte Mieten in Köln führt. Dazu gehört ein aktives Zugehen auf die Mieter*innen der Stadt und eine breite Öffentlichkeitsarbeit.

Es kann nun sein, dass das Amt für Wohnungswesen auf eine steigende Zahl von zu bearbeitenden Fällen personell nicht vorbereitet ist. Deshalb verbinden wir dies mit einem Prüfauftrag, wie das Amt gegebenenfalls verstärkt werden kann.

Gesetze und Recht sind nur so stark, wie sie im Alltag auch durchgesetzt werden. Sie dienen häufig, wie in diesem Fall, dem Schutz der wirtschaftlich Schwächeren, der Mieterinnen und Mieter, die noch dazu durch die gegenwärtige Lage auf dem Wohnungsmarkt eingeschüchtert sind. Deshalb ist es auch in Köln an der Zeit, dem Beispiel anderer Städte zu folgen und überhöhte Mieten und Mietwucher aktiv zu bekämpfen. Das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt stellte einen Änderungsantrag, der dann auch beschlossen wurde:

Bis Ende 2025 soll der städtische Internetauftritt zum Thema Wohnraumschutz dahingehend überarbeitet werden, dass eine verbesserte Aufklärung sowie Hilfestellungen für betroffene Mieter erreicht wird. Ein digitaler Mietspiegelrechner und ein elektronisches Meldeformular werden eingeführt. Darüber hinaus wird der Tatbestand der Mietpreisüberhöhung, des Mietwuchers sowie die konkreten Schritte der Prüfung und Ahndung auf der Website der Stadt Köln dargestellt. Außerdem wird die Stadt schnellstmöglich ein Monitoring von Wohnungsinseraten einzuführen, wie es das bereits in Frankfurt und Freiburg gibt. Bei überhöhten Mieten informiert die Verwaltung die Vermietenden mit dem Ziel, die Miete auf ein rechtmäßiges Niveau abzusenken. Der Rat unterstützt die Initiative des Bundesrates, angestoßen durch die Länder Bayern, Brandenburg, Berlin, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, die Anwendung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzes, Mietwucher (WiStG) zu erleichtern und den Bußgeldrahmen zu erhöhen.

Mit der Initiative ist der Linken gelungen, dass die Stadt nun aktiv auf die Rechte von Mieter*innen hinweist. Die Stadt wird künftig nicht nur registrieren, wo es zu Mietwucher kommt; sie wird die Vermieter auch auffordern, ihre Mieten zu senken.

Heiner Kockerbeck

Kolbhalle ...

und waren weniger grundbuchrechtliche als finanzielle Fragen entscheidend."

Die Grundbucheintragung hätte bereits beim Verkauf an den Investor vollzogen werden müssen. Bei den Verhandlungen mit dem Investor hat der Verein nunmehr eine schwache Position, weil sein Rechtsanspruch nicht verbrieft ist.

Der Verein selber schreibt:

„Leider kommt noch keine finale Einigung mit dem Investor zustande und unser Projekt ist akut bedroht.

Schon vor dem Ratsbeschluss wurde zwischen „Wir Selbst e.V." & „Netz-Bau GmbH" eine Vereinbarung über die Gestaltung des Kolb-Geländes abgeschlossen. Das Angebot schien durchführbar und wurde vom Verein akzeptiert. Dies wurde jedoch nicht ausreichend abgesichert und durch Gründung und Kauf mit anderen GmbHs umgangen. Es ergaben sich leider ganz neue Umstände…

Wir haben Kaufangebote erhalten, die unsere finanziellen Möglichkeiten übersteigen, unklare Bedingungen und Risiken für den Verein enthalten.

Mit unserem kleinen Verein wurden in den letzten Jahren durch Kulturprogramm und Spenden ca. 75.000€ Eigenkapital angespart, das reicht bei dem Finanzierungsvolumen aber nicht aus ... Seit langem sind wir mit der GLS Bank im Gespräch, welche die Finanzierung grundsätzlich begrüßt, aber unter den Bedingungen leider noch nicht liefern kann.

Auf Nachfrage bei der Stadtverwaltung ist keine finanzielle Unterstützung oder Bürgschaft möglich. Wäre eine andere Form der Unterstützung wie z. B. eine professionelle Begleitung möglich?

Es ist sehr schade, wie schwierig sich der Prozess mitgestaltet! Seit 2015 sind wir an einer Lösung interessiert und stecken enorm viel ehrenamtliche Arbeit in das Projekt "Kolbhalle"! Unter geeigneten Umständen wären wir gerne schon vor Jahren umgezogen! Wir sind mit unseren Kapazitäten ziemlich am Limit! Und nun wird die mögliche Räumungsklage für das aktuelle Gelände betont.

Einsicht und Forderungen zu den Kaufvertragsinhalten könnte die Verkäuferin und Landesgesellschaft „NRW.Urban" geben & geltend machen.

Wir sind überzeugt: Die Kolbhalle ist kein Einzelfall, sondern ein Symbol für die Zukunft der freien Kunst in unserem Land. Ihr Erhalt wäre ein starkes Signal für kulturelle Vielfalt, soziale Teilhabe und kreative Freiräume – Werte, die wir mit Ihnen teilen. Wir brauchen dringend Unterstützung, um dieses Projekt noch zu retten!"

Jörg Detjen

KOLBHALLE - Das Freie Kunst Institut, www.kolbhalle.de
Wir Selbst e.V., Helmholtzstr. 8, 50825 Köln

Aus den Bezirken

Ehrenfeld

Die GGS Kunterbunt kann gebaut werden!

Der Bezirksvertretung lag am 30. Juni ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion sowie der Mandatsträgerinnen der FDP und der Klimafreunde vor, in dem ein Moratorium für die Erweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule in Bocklemünd gefordert wird. Der Antrag wurde vertagt. Zuvor hatten sich Schüler*innen der Gesamtschule in einer bunten Protestaktion gegen die mögliche Fällung des Baumbestandes auf dem Schulgelände gewandt.

Inzwischen hat der Stadtrat am 3. Juli beschlossen, dass der Schulwald erhalten bleiben soll und der Neubau der GGS Kunterbunt höchste Priorität haben soll. Das ist dringend notwendig. Die GGS Kunterbunt ist seit acht Jahren in Vogelsang untergebracht, weil das alte Gebäude nicht mehr nutzbar ist. Die Grundschulkinder aus Bocklemünd müssen mit dem Bus zur Schule gebracht werden. „Kurze Beine, kurze Wege“ findet für mehrere Grundschulgenerationen nicht statt. Inzwischen bereitet auch das Gebäude am „Zwischenstandort“ Kolkrabenweg in Vogelsang Probleme und manche Schüler*innen der Förderschule müssen künftig in die Neuerburgstraße in Kalk gefahren werden.

Die Erweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule und der Neubau der GGS Kunterbunt ist seit 2020 Ratsbeschluss. Er wurde 2022 nochmals bestätigt. 2023 wurde der Bebauungsplan geändert, 2024 der notwendige Satzungsbeschluss gefasst, der Auftrag ausgeschrieben und vergeben. Die Bezirksvertretung hat sich mit allen Beschlüssen befasst und Fachgespräche zur Erweiterung und zum Neubau durchgeführt. Der Bauauftrag ist bereits vergeben. Eine Unterbrechung im jetzigen Verfahren würde zu einer weiteren ernsthaften Verzögerung beim Grundschulneubau führen.

Eingriffe in den Baumbestand auf dem Schulgelände werden im Rahmen der Baumaßnahmen stattfinden müssen. Wenn Bäume gefällt werden, ist Ersatzbepflanzung vorgesehen. Das alles wird Zeit brauchen. Bis zum Ende der Baumaßnahmen zieht ein Teil der Gesamtschule in Ersatzcontainer vor der Schule. Der Schulhof ist eingeschränkt nutzbar.

Ulrike Detjen

Nippes

Ergänzung Edelweißpiraten-Denkmal

In unserem Artikel in der letzten Ausgabe haben wir eine wichtige Sache vergessen: Und zwar, wem wir das Edelweißpiraten-Denkmal zu verdanken haben. Hier ist an allererster Stelle zu nennen die Initiative Nippeser Edelweißpiraten e.V. (http://edelweisspiraten-nippes.de), dabei insbesondere die ehrenamtliche Bezirksbürgermeisterin und Gründungsmitglied Dr. Diana Siebert und Henry Bleicher. Auch Claudia Wörmann-Adam vom EL-DE-Haus-Verein war ebenfalls von Anfang an dabei. Die Initiative hat sich jahrelang eingesetzt für das Denkmal, hat Öffentlichkeitsarbeit betrieben und Spenden eingesammelt, um dieses Denkmal zu realisieren.

Ebenso zu erwähnen die Schüler*innen des Leonardo-da-Vinci Gymnasiums, welche ebenfalls eine Spenden-Sammel-Aktion für das Denkmal durchgeführt haben, einen Info-Film gedreht und in der Denkmal-Jury mitgewirkt haben. Vielen Dank an alle Engagierte und Spender*innen für ihr wichtiges Engagement für das Erinnern an die Edelweißpiraten.

Joanna Dommnich

Kalk

Schließfächer für Hab + Gut

Die Zahl obdachloser und wohnungsloser Menschen nimmt auch im Stadtbezirk Kalk zu. Ursache hierfür ist unter anderem eine verfehlte Wohnungspolitik des Mehrheitsbündnisses im Stadtrat. Die gerade von der CDU forcierte Verdrängungspolitik gegenüber allen, die man in der für Touristen hergerichteten Innenstadt nicht sehen will, wirkt sich auch auf Obdachlose aus. Viele von ihnen weichen zunehmend in Außenbezirke wie Kalk aus.

Was für die meisten Menschen eine Selbstverständlichkeit ist, ist für obdachlose und für einige wohnungslose Menschen ein großes Problem: Sie haben in der Regel keinen Ort, an dem sie ihre persönlichen Gegenstände sicher verwahren und auch längere Zeit aufbewahren können.

In ihrem Alltag ist die sichere Aufbewahrung persönlicher Wertgegenstände – wie Mobiltelefone, Fotos, Erinnerungsstücke oder gar Schlafsäcke – häufig nicht möglich. Zudem kommt es immer wieder zu Diebstählen oder gewaltsamen Auseinandersetzungen auch in Unterkünften.

Der Zugang zu sicheren Aufbewahrungsmöglichkeiten würde einen konkreten Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation dieser Menschen leisten und ihnen ein Stück Würde und Sicherheit zurückgeben. Natürlich bleibt als erster Grundsatz, den Menschen eine Wohnung zu geben, doch sieht bis dahin die Realität anders aus. Darum beantragte die Linksfraktion Kalk, dass

1. die Verwaltung geeignete Standorte zur Einrichtung von Schließfächern für obdachlose und wohnungslose Menschen im Stadtbezirk Kalk ermittelt;
2. die Verwaltung Kontakt zur Deutschen Post/DHL aufnimmt, um die Möglichkeit der Nutzung unterausgelasteter Packstationen zu prüfen und
3. die Verwaltung zeitnah entsprechende Schließfächer im Stadtbezirk einrichtet.

Der Antrag veranlasste Frau Bezirksbürgermeisterin Greven-Thürmer (SPD) dazu, kurzzeitig in die Rolle der Mandatsträgerin zu schlüpfen und sich als ehemalige Sozialraumkoordinatorin zu äußern. Sie dankte der Linksfraktion aus tiefem Herzen und machte nochmals anschaulich, wie schrecklich die Situation von obdachlosen Menschen sei, die ihr gesamtes Hab und Gut in Taschen oder Wägelchen stets bei sich führen müssten. Eine weitere Debatte gab es nicht. So stimmten außer der Kalker CDU ALLE anderen diesem Antrag zu.

HP Fischer

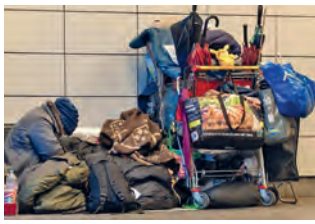

Foto: wal_172619 auf Pixabay

Aus den Ausschüssen

Kunst und Kultur

Gedenkstätte am Zwangsarbeiterlager wird geprüft

Im Gremberger Wäldchen befand sich zwischen 1942 bis 1945 das einzige „Krankensammellager“ für Zwangsarbeiter*innen im Rheinland. Dieser Ort ist in der heutigen Stadtgesellschaft kaum bis gar nicht bekannt und nur wenig erforscht. Die Initiative „AG Bodendenkmal“ hat den Erhalt des Bodendenkmals und die Einrichtung einer Gedenkstätte zum Ziel.

Die Linke hatte die Initiative ergriffen und alle demokratischen Fraktionen im Kulturausschuss zu einem gemeinsamen Antrag, der beschlossen wurde, vereint. Nun wird die Verwaltung prüfen, wie die Ausgestaltung eines würdigen Gedenkortes aussehen könnte und wie hoch die Kosten für die Herrichtung und das Betreiben sind. Dabei sind unbedingt zwei Aspekte zu berücksichtigen: Die räumliche Lage des „Krankensammellagers“ soll zur Gänze kenntlich gemacht werden. Der Ort soll zu einer Gedenkstätte entwickelt werden, die die Menschen begehen, und dessen Geschichte sie dort erfahren können.

Allein in Köln waren, wenn man eine gewisse Fluktuation berücksichtigt, während der Jahre 1939 bis 1945 schätzungsweise 100.000 ausländische Arbeitskräfte eingesetzt. Das „Krankensammellager“ war aufgrund der schlechten medizinischen Versorgung und der sich rasch verbreitenden Seuchen bald als »Sterbelager« berüchtigt. Während im vorderen Teil die weniger schweren Krankheitsfälle untergebracht waren, waren die hinteren Baracken für schwerstkranke und aufgrund einer Tuberkulose- und Typhus-Erkrankung zumeist hochansteckenden Insassen bestimmt, die dort in aller Regel, auch wegen der mangelhaften Versorgung, starben.

Den Nachforschungen des NS-Dokumentationszentrums ist es zu verdanken, dass wir wissen, dass dieses Lager über eine Entbindungsstation verfügte und hier 77 Kinder geboren wurden.

Am 8. April 1945 versuchten die Nationalsozialisten alle Spuren ihrer Gräueltaten zu verwischen und räumten auch das Lager im Gremberger Wäldchen wegen angeblicher „Seuchengefahr“. Ein Mob aus NS-Funktionären, Männern aus dem Volkssturm und der Hitlerjugend feuerte wahllos in die Baracken.

In der Nähe des ehemaligen „Krankensammellagers“ befindet sich ein eingefriedeter Bereich, der seit den 1980er Jahren als Mahnmal für die Toten des Lagers gestaltet ist. Dieses Mahnmal ist wichtig, gibt aber wenig Auskunft über die grauenvolle Geschichte des „Krankensammellagers“.

Wenn das Konzept der Verwaltung fertig ist, werden wir erneut eine Mehrheit dafür finden müssen, die Gedenkstätte zu beschließen und vor allem die Gelder dafür freizugeben. Es gibt also noch einiges zu tun. Bald werden die letzten Zeitzeugen des Nationalsozialismus verstorben sein. Umso wichtiger ist es nun, die letzten authentischen Orte zu erhalten und weiterzuentwickeln, um den Opfern der Vergangenheit würdig zu gedenken, aber auch als Mahnung vor menschenverachtenden und totalitären Ideologien für unsere Gegenwart und Zukunft.

Knut Scholz, Elisabeth Lange

StadtAG Behindertenpolitik

Für ein Recht auf analog

Die Digitalisierung ist in vielen Bereichen sinnvoll und erleichtert unseren Alltag. Sie wird vielerorts vorangetrieben. Wir alle profitieren davon. An immer mehr Stellen werden wir aber genötigt, uns online zu registrieren oder eine App herunterzuladen. Und das nicht nur bei kommerziellen Freizeitangeboten, sondern auch in Bereichen der Daseinsvorsorge. So hat die Deutsche Post DHL Group die Technik der Packstationen so umgestellt, dass man dort kein Paket mehr ohne Smartphone und Nutzung der Post & DHL App abholen kann. Und der Zwang nimmt zu, Arzttermine über die Plattform des Unternehmens Doctolib zu vereinbaren.

Der um sich greifende Digitalzwang bereitet Menschen mit Behinderung Probleme, zudem allen Menschen, die die entsprechende Technik nicht nutzen können oder sich kein Smartphone leisten können. Gefordert wird daher ein Verbot, Menschen bei der Grundversorgung zu benachteiligen, wenn sie ein bestimmtes Gerät oder eine digitale Plattform nicht nutzen. Denn das Wahrnehmen von Grundrechten, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Nutzung öffentlicher Infrastruktur darf nicht davon abhängig sein, dass wir Internet haben, ein Smartphone bei uns tragen oder eine bestimmte App installieren.

Auch wer selber gerne die Technik nutzt, sollte sich trotzdem dafür einsetzen, dass es stets eine nichtdigitale Alternative gibt. Daher hat die Fraktion Die Linke der Stadtverwaltung einige Fragen gestellt. So wollten wir wissen, ob es städtische Dienstleistungen gibt, die bereits heute nur digital genutzt werden können, und welche Planungen die Stadtverwaltung hier hat.

Die Stadtverwaltung hat uns ausführlich geantwortet. Und die Antworten nehmen uns erst einmal unsere Sorgen um die Beschränkung von Teilhabemöglichkeiten. Es gibt keine städtischen Dienstleistungen, die nur digital genutzt werden können, und solches ist auch nicht geplant. Überhaupt ist die Stadtverwaltung für das Thema sensibilisiert und gut informiert.

Hans Günter Bell

Foto erstellt mit Chat GPT

Für ein solidarisches Köln: sozial und ökologisch

Erfolge der Linksfraktion in der Wahlperiode 2020-2025

Unsere sechsköpfige Fraktion streitet für ein solidarisches Köln, für soziale und politische Grundrechte für alle und für ein Köln des sozialen und ökologischen Politikwechsels.

Für diesen Politikwechsel gibt es im Rat keine Mehrheit. Das Bündnis aus Grünen, CDU und volt bestimmt gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin die Politik. Dennoch ist es uns gelungen, einige Dinge in Bewegung zu bringen und Forderungen durchzusetzen.

Das sind nicht allein unsere Erfolge. Das sind Erfolge, die wir durch enge Kontakte mit der Stadtgesellschaft, durch unsere Teilnahme an Initiativen und Bündnisse und unserer Unterstützung von Protesten erreichen konnten.

Das bestätigt: Eine solidarische Stadt braucht die Kompetenz und das Engagement der Vielen.

Politik während der Corona-Pandemie

Aus heutiger Sicht ist es fast unwirklich, unter welche Bedingungen zu Beginn der Wahlperiode während der Corona-Pandemie gearbeitet werden musste.
Während der Pandemie war die Stadtverwaltung in Versuchung, allein zu handeln: wir haben immer darauf bestanden, die demokratischen Gremien nicht als schmückendes Beiwerk zu betrachten. Unter Beachtung der Corona-Regeln haben die Gremien des Rates – auch auf unser beständiges Drängen hin – so weit wie möglich getagt und ihre Aufgaben erfüllt.

Arbeitsschwerpunkte der Fraktion

Wohnungspolitik

Köln braucht kommunalen Wohnungsbau: In der Diskussion um die Wohnungspolitik werben wir beständig für einen höheren Anteil geförderter Wohnungen (mindestens 75 Prozent). Und damit diese Wohnungen dauerhaft einer Mietpreis- und Belegungsbindung unterliegen, fordern wir eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Sie soll diese Wohnungen bauen. Damit konnten wir uns im Rat bisher nicht durchsetzen, erfahren aber in der Öffentlichkeit viel Zuspruch.

Mieter*innen vor Verdrängung schützen: In zahlreichen Kölner Wohnquartieren sind Mieter*innen von Verdrängung bedroht. Wir wollen diese Verdrängung verhindern. Dies wollen wir durch die Ausweisung weiterer Sozialer Erhaltungssatzungen erreichen. Zuletzt wurde mit unseren Stimmen eine Soziale Erhaltungssatzung für Kalk beschlossen. Das ist ein richtiger Schritt. Das reicht aber nicht. Wir wollen erreichen, dass 25 Prozent der Kölner*innen in Gebieten mit einer Sozialen Erhaltungssatzung wohnen.

Wohnen in Chorweiler-Mitte und Seeberg: In Chorweiler-Mitte und Seeberg gibt es Wohnungen, die in einem katastrophalen Zustand sind: Aufzüge funktionieren nicht, Heizungen fallen aus, es gibt kein warmes Wasser, Wände schimmeln. Wir haben das aufgegriffen und Mieter*innen in das Rathaus eingeladen, um hier auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Es hat sich dann ein Arbeitskreis gebildet, in dem Gemeinwesenarbeiter*innen, Stadtverwaltung, Parteien und betroffene Mieter*innen über die Wohnverhältnisse gesprochen haben. Zeitweise hat auch die Wohnungsverwaltung teilgenommen. Nachdem einige Verbesserungen erzielt worden sind, sollen die Wohnungen nun weiterverkauft werden. Wir fordern, dass die Stadt die Wohnungen kaufen und in einen ordentlichen Zustand bringen soll.

Mietwucher: Der Kölner Wohnungsmarkt ist angespannt. Das nutzen einige Vermieter*innen aus und bereichern sich mit überhöhten Mieten. Auf unsere Initiative hin hat der Rat die Erstellung eines Mietwucher-Rechners beschlossen, mit dem die Mieter*innen ihre Miethöhe überprüfen können. Ist die Miete überhöht, können sie sich an das Wohnungsamt wenden, das dann eine Absenkung der Miete einfordern wird. Solange es diesen städtischen Mietwucher-Rechner noch

nicht gibt, hilft der Mietwucher-Rechner der linken Bundestagsfraktion.

Obdachlosigkeit – Hilfe statt Verdrängung: Öffentliche Räume und Stadtmöbel sind oftmals so gestaltet, dass der Aufenthalt von Obdachlosen verhindert wird. Gegen diese ausgrenzende Architektur haben wir in einer Kampagne protestiert. Sie hat viel öffentliche Aufmerksamkeit bekommen, in mehreren Zeitungen und anderen Medien wurde berichtet. Als dann die Oberbürgermeisterin ankündigte, die Präsenz von Obdachlosen im Umfeld des Doms verringern zu wollen, haben wir das im Rat kritisiert. Es wurde dann beschlossen, dass eine ausgrenzende Architektur vermieden wird und zusätzliche Aufenthaltsräume für obdachlose Menschen geschaffen werden sollen.

Verkehrspolitik

Nulltarif für Bus und Bahn! Kein Nulltarif, aber doch eine wesentliche Vergünstigung für die Nutzer*innen des öffentlichen Personenverkehrs ist das Deutschlandticket. Wir waren im Rat an einem Beschluss zur Sicherung der Finanzierung des Deutschlandtickets beteiligt.

U-Bahn-Wahnsinn stoppen! KVB ausbauen! Wir haben wesentlich zur Bildung des Bündnisses „Verkehrswende Köln“ beigetragen. Gemeinsam mit diesem Bündnis haben wir gegen den Bau der U-Bahn auf der

Ost-West-Achse protestiert und Alternativen aufgezeigt. Unser Vorschlag: eine Kapazitätserhöhung mittels Taktverdichtung und 60-Meter-Bahnen.

Lebenswerte Lux! Wir unterstützen den 5-Punkte-Plan der IG Lux. Auf der Luxemburger Straße soll der Verkehr beruhigt und die Sicherheit der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer*innen erhöht werden.

Bürgersteige! Gemeinsam mit den Behindertenverbänden haben wir die Außengastronomie auf den Bürgersteigen begrenzt. Somit haben Fußgänger*innen mit und ohne Handicap künftig mehr Platz auf dem Bürgersteig.

Schulwegsicherheit: Mit Anfragen haben wir die Einrichtung von Schulstraßen, die zeitweise Sperrung von Schulwegen für den PKW-Verkehr und die Erstellung von Schulwegplänen in die politische Debatte getragen – Themen, die auch von anderen Fraktionen aufgegriffen wurden und von der Verwaltung bearbeitet werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in den Veedeln

Aufsuchende Impfstrategie in benachteiligten Stadtteilen: Auf unsere Initiative hin hat der Rat die Unterstützung von benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie beschlossen. Das Gesundheitsamt begann daraufhin mit Unterstützung der Feuerwehr mit dezentralen Impfaktionen in Chorweiler und am Kölnberg.

Unhaltbare Toilettensituation am Wiener Platz: Während der Corona-Pandemie konnten Obdachlose über Monate am Wiener Platz keine Toilette mehr benutzen, weil das Bezirksrathaus für den Publikumsverkehr gesperrt war. Wir konnten erreichen, dass Toilettencontainer aufgestellt wurden. Sie sind inzwischen durch zwei stationäre Toiletten ersetzt worden.

Rattenplage am Kölnberg: Eine Rattenplage gefährdete die Gesundheit der Bewohner*innen des Kölnbergs in Mechenich. Wir haben einen Runden Tisch durchgesetzt, an dem die sozialen Einrichtungen und Initiativen im Stadtteil, die zuständigen Ämter der Stadtverwaltung und die Wohnungsverwaltungen der Wohnanlage miteinander gesprochen haben. Es wurden dann tatsächlich Maßnahmen ergriffen, die die Rattenplage beendet haben.

Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen

Erhalt aller drei Standorte der Städtischen Kliniken: Auch wenn es inzwischen einen Beschluss zur Schließung der städtischen Krankenhäuser in Holweide und der Kinderklinik Amsterdamer Straße gibt: Wir kämpfen weiter für den Erhalt aller drei Standorte! In zahlreichen Ständen und Aktionen haben wir Unterschriften dagegen gesammelt und uns auch am Bürgerbegehren gegen die Schließung beteiligt, das aber leider nicht erfolgreich war.

Schwangerschaftsabbrüche: In Köln gibt es zu wenig Plätze für Schwangerschaftsabbrüche. Die Städtischen Kliniken führen Abbrüche nach medizinischer Indikation durch. Wir wollen sie verpflichten, auch Schwangerschaftsabbrüche ohne Gefahr für das Leben der Mutter durchzuführen. Für unsere Forderung fanden wir bisher allerdings keine Mehrheit. Wir bleiben dran!

Cannabis-Modellkommune: Wir konnten eine Mehrheit dafür finden, dass Köln sich als Cannabis-Modellkommune bewerben soll. Das heißt: die Verwaltung sollte u. a. den schnellen Einstieg in Cannabisabgabestellen vorbereiten, sobald Phase II der Legalisierung beginnt. Im Moment ist aber unklar, welchen Weg die neue Bundesregierung einschlagen wird. Deswegen liegt das Projekt auf Eis.

Gute Bildung für Alle

Lernbedingungen in Zeiten von Corona: Der Schulausschuss hat sich mit der Frage beschäftigt, was die Kommune für bessere Lernbedingungen in Zeiten von Corona tun kann. Unsere Vorschläge, z. B. die Anmietung von Räumen im Umfeld von Schulen, die zusätzliche Beschäftigung von erwerbslosen Museums-, Theater-, Sport-, Musikpädagog*innen oder die bessere Ausstattung von Schulen in benachteiligten Stadtteilen, wurden angenommen.

Ausbauprogramm für Gesamtschulen: Wir fordern seit langem ein Ausbauprogramm für Gesamtschulen. Seit einigen Jahren werden tatsächlich wieder neue Gesamtschulen gebaut. Aber das reicht nicht aus. Die Zahl der Ablehnungen bleibt hoch. CDU und Grüne wehren sich zudem vehement dagegen, Hauptschulen umzuwandeln. Sie wollen den Gymnasien die Möglichkeiten erhalten, Kinder von der Schule zu werfen. Daher haben sie wiederholt unsere Anträge abgelehnt, in Neubrück eine Gesamtschule zu gründen.

Gebühren: Im letzten Haushalt wurde endlich eine alte Forderung der Linken erfüllt: Kitas und Offenen Ganztagsgrundschulen sind jetzt für Eltern gebührenfrei, wenn diese bis zu 3.000 Euro im Monat verdienen. Vorher lag die Bemessungsgrenze bei etwas über 1.000 Euro im Monat.

Umwelt- + Klimapolitik

Abriss-Moratorium: Die Bauwirtschaft hat einen enormen Ressourcen- und Energieverbrauch. Wir haben uns daher das von Architects for Future, Bund Deutscher Architektinnen und Architekten BDA, Deutsche Umwelthilfe u. a. geforderte Abriss-Moratorium zu eigen gemacht. Nicht der Erhalt von Gebäudestrukturen soll erklärungsbedürftig sein, sondern ihr Abriss. Nach langen Diskussionen, wiederholten Vertagungen und mehreren Workshops hat der Bauausschuss dann schlussendlich eine abgeschwächte Fassung unseres Antrags beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, bei Entscheidung über den Abriss eines städtischen Bestandsgebäudes verstärkt eine lebenszyklusorientierte und nachhaltige Nutzungsperspektive zu beachten.

Artenreiche Wiesen: Über mehrere Jahre hinweg haben wir durch vor Ort Besuche, Nachfragen und Anträge das Thema „artenreiche Wiesen“ zur Sprache gebracht. Das derzeitige Ergebnis ist zwar noch nicht optimal und sowohl Einwohner*innen als auch städtische Mitarbeiter*innen tun sich damit noch etwas schwer, aber erste schöne Ergebnisse sind im gesamten Stadtgebiet zu finden.

Verpackungssteuer: Den Antrag zu Verpackungssteuer (inklusive sozialer Komponente) hatten wir vor allen anderen ins Ratssystem eingegeben, aber das Mehrheitsbündnis im Rat kam uns dann doch mit einem eigenen Antrag zuvor. Aber wichtig ist, dass eine Verpackungssteuer (leider ohne soziale Komponente) beschlossen wurde.

Demokratie stärken!

Gemeinschaftsunterkunft Herkulesstraße: Auf unser beharrliches Drängen hin wurde beschlossen, die Anzahl der in Notunterkünften lebenden Bewohner*innen planmäßig zu verringern und Risikogruppen und vulnerable Personen vorrangig in anderen Unterkünften unterzubringen.

Geflüchtete aus Seenotrettung aufnehmen: Ebenso haben wir dazu beigetragen, dass die Stadt eine Patenschaft für das Rettungsschiff Alan Kurdi übernommen hat. Außerdem hat der Rat beschlossen, über das Kontingent hinaus Geflüchtete aus der Seenotrettung in Köln aufzunehmen. Dieser Beschluss wurde allerdings durch den damalige NRW-Flüchtlingsminister unterlaufen.

Gedenkstätte zum „Krankensammellager“ am Gremberger Wäldchen: Auf unsere Initiative hat der Kulturausschuss eine Gedenkstätte zum sog. „Krankensammellager“ am Gremberger Wäldchen beschlossen. Wir konnten alle demokratischen Fraktionen hinter diesen Antrag versammeln. Zukünftig wird dann nicht nur eine Gedenktafel an den Ort erinnern, an dem Zwangsarbeiter*innen gequält und getötet wurden, sondern ein Ort des Erinnerns und des Lernens.

Haushalt: Kürzungen verhindern!
Ein ständiges Thema war die miserable Haushaltlage der Stadt und deren Folgen für die Kölner*innen. Zu den Haushaltsentwürfen 2022 und 2025 haben wir jeweils Initiativen-Anhörungen durchgeführt und darauf aufbauend dann Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf der Kämmerin eingebracht.
Aus der Opposition heraus konnten wir einen Fonds durchsetzen, aus dem in der Corona-Pandemie Trägern die steigenden Personal- und Energiekosten refinanziert wurden. Dieser Strukturförderfonds besteht bis heute weiter.
Wir sind auch immer eine laute Stimme gegen Kürzungen gewesen, haben diese öffentlich gemacht und skandalisiert. So haben wir den letzten Haushaltsentwurf als

Mitglieder der Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln
Güldane Tokyürek, Heiner Kockerbeck, Uschi Röhrig, Michael Weisenstein, Sarah Niknamtavin, Jörg Detjen

„antifeministischen Haushalt“ kritisiert und konnten dazu beitragen, einige Kürzungen abzuwenden.

Die Stadt Köln ist strukturell unterfinanziert. Immer wieder werden ihr neue Aufgaben übertragen, ohne ihr die zur Aufgabenerledigung erforderlichen Mittel zu geben. Auf unsere Initiative hin hat der Rat einen Appell an die Bundesregierung beschlossen: „Kommunen brauchen eine Zukunft mit höheren Einnahmen und Steueranteilen!“.

Unsere Veranstaltungen

2021
Juni: Ratschlag „Lebenslagenbericht“
September: Initiativen-Anhörung zum Haushalt
November: Ratschlag „Kinderarmut“
2022
Januar: Ratschlag „Wohnungs- und Obdachlosigkeit Berlin und Köln“
März: Ratschlag „Wohnungspolitik des Landes NRW“
Juni: die Wiener Architektin, Stadtplanerin und Aktivistin Gabu Heindl stellte ihr Buch „Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung“ vor
September: Initiativen-Anhörung zum Haushalt
2023
Februar: Ratschlag „Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“
März: Ratschlag „Road-Map des Bündnis Verkehrswende Köln“
April: Veranstaltung „Verkehrswende? Geschlechtergerecht!“
November: Tagung „Wärmewende sozial gestalten“
2024
März: Ratschlag „Brauchen wir Stadtteilgesundheitszentren?“
Oktober: Ratschlag „Benachteiligte Stadtteile“
November: Initiativen-Anhörung zum Haushalt
Dezember: Ratschlag „Kahlschlag verhindern“
2025
April: Ratschlag „Kirchenasyl“
Juni: Stadtteilrundgang zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen in Chorweiler

Mitarbeiter*innen der Fraktion

Hans Günter Bell (Geschäftsführer), Michael Weisenstein (Geschäftsführer), Bert Bronisz, Heinz-Peter Fischer, Isabel Gerken, Andrea Kostolnik

Was Frankfurt kann, sollte Köln doch schaffen?

„Weg frei für neues Crack-Zentrum … Selten ist im Frankfurter Römer so vehement um ein Vorhaben gerungen worden wie am Donnerstagabend um das geplante Crack-Suchthilfezentrum in der Nähe des Hauptbahnhofs.“ FAZ, 5.7.2025

Was in Frankfurt geht, sollte doch auch in Köln möglich sein? Im Folgenden eine Zusammenfassung der Kölner Ereignisse in den letzten Wochen.

24. Juni: Zu einer Diskussion über die Kölner Drogenpolitik hatte der Kölner Presseclub im schönen Schalterraum der Kölner Kreissparkasse geladen. Es gab einen Impulsvortrag zum Vier-Säulen-Modell im Umgang mit offenen Drogenszenen, Crack und Fentanyl in Zürich mit Prof. Dr. phil. Michael P. Schaub. Er berichtete sehr anschaulich, dass Zürich mit ca. 250.000 Einwohnern drei Einrichtungen für Drogenabhängige betreibt, in einer Kombination von Drogenkonsumraum getrennt vom Mikro-Handel mit Drogen, Tageseinrichtung und Wohnen. Insgesamt finanziert die Stadt Zürich dafür 14 Stellen, teilweise Halbtagsstellen.

Es knisterte beim Kölner Bürgertum, das zu der Veranstaltung gekommen war und zumeist am Neumarkt oder der Innenstadt wohnt. Die Podiumsdiskussion mit Stadtdirektorin Andrea Blome, Polizeipräsident Hermanns und Isabel Aplarius-Hanstein, Kunsthaus Lempertz, brachte eine Lösung nicht näher, weil sich Stadt und Polizei rausredeten und keine realen Möglichkeiten aufzeigten, wie das Züricher Modell in Köln umsetzbar ist. Der Polizeipräsident tritt zwar für eine Legalisierung von staatlich-kontrollierter Heroinabgabe ein, was rechtlich vom Bund untersagt wird, gleichzeitig will er ein großes Suchtzentrum nicht am Neumarkt haben, sondern „weit weg“. Über so viel Unverstand musste sogar Prof. Schaub schmunzeln. Die Stadtdirektorin machte in der Diskussion keinen guten Eindruck, weil sie die Verhältnisse beschönigte und meinte die „Politik muss handeln“. Die Stimmung im Saal war: So machen wie in Zürich.

30. Juni: Die Bezirksvertretung Ehrenfeld fasste einen Beschluss, in dem sie den Sozialausschuss, den Gesundheitsausschuss und den zuständigen Dezernenten Dr. Rau aufforderte, sich um die Kölner Drogenpolitik als Ganzes kümmern. Es sei offensichtlich, dass es eine Verdrängung Drogenabhängiger vom Neumarkt nach Ehrenfeld gäbe, aber es würde keine Lösung des Gesamtproblems angepackt. Mit einer ähnlichen Problematik hatte sich die Bezirksvertretung Innenstadt befasst und die prekäre Lage am Friesenplatz, wo hunderte von Schülerinnen und Schülern verkehren, kritisiert.

2. Juli: Der Kölner Stadt-Anzeiger interviewt Prof. Daniel Deimel und titelt „Crack löst Heroin als dominierende Droge ab“: „Für Daniel Deimel, einen der Studienautoren, ist die rapide Zunahme des Crack-Konsums ein Hauptgrund für die Verelendung und die zunehmenden Konflikte im öffentlichen Raum. ‚Die Hilfesysteme sind darauf nicht vorbereitet‘ sagt er. Am Neumarkt brauche es etwa einen großen Drogenkonsumraum, mit Verweilmöglichkeiten und psychosozialen Betreuungsangeboten. Deimel fordert auch, dass der Kleinhandel in Konsumräumen toleriert wird, ähnlich wie dies in Zürich praktiziert wird. ‚So sorgen wir dafür, dass die Konsumenten die Räume dauerhaft nutzen, und der Sozialraum drumherum entlastet wird.‘“

2. Juli: Öffentliche Fraktionssitzung der Linken mit Prof. Daniel Deimel und Prof. Thomas Münch über die aktuelle Lage. Prof. Deimel stellte seine Untersuchungen noch mal dar und sagte uns: Die Verbindung zwischen Drogenpolitik und Wohnungs- und Obdachlosenpolitik ist offensichtlich. Sie hätten an Fällen von Drogenabhängigen, die durchschnittlich 6 Jahre Gefängnis hinter sich hatten, untersucht, dass die Personen, die eine Wohnung hatten, nicht wieder ins Gefängnis gekommen sind. Dies konnte Prof. Thomas Münch bestätigen, der sich in Köln seit Jahren für das Projekt „Housing-First“ engagiert, aber bisher nicht entscheidend weiterkommt. Köln braucht auch ein Konzept von „Tagesruhe-Betten“.

Prof. Deimel und Prof. Münch appellierten an die Fraktion, pragmatische Lösungen gemeinsam mit anderen demokratischen Fraktionen, der Verwaltung und der Stadtgesellschaft zu suchen.

4. Juli: Der Stadtrat beschließt unter dem Top 10.63, eine Eilvorlage, die die Schaffung einer Sozialen Wohnraumagentur, befristet auf drei Jahre, vorsieht. Die jährlichen Kosten liegen bei ca. 850.000 Euro. Dies ist ein Baustein des Kölner Obdachlosenkonzepts des Stadtrats mit einem gesamten Kostenrahmen von ca. 5,2 Mio. Euro.

Fazit: Es liegt auf der Hand, was zu tun ist: Köln braucht mehrere große Suchthilfezentren: Eine Kombination von Drogenkonsumraum getrennt vom Mikro-Handel mit Drogen, Tageseinrichtung mit Tagesruhe-Betten und Wohnungen. Wenn Zürich drei Suchthilfezentren hat, braucht Köln doch einige mehr. Stadtrat, Verwaltung und Polizei müssten jetzt schnell handeln und einige Millionen Euro in die Hand nehmen.

Jörg Detjen

Wohnsituation, Wohnungslosigkeit & Obdachlosigkeit.

Wohnungslosigkeit incl. Obdachlosigkeit:	65,5 %
Obdachlosigkeit:	42,9 %
Durchschnittliche Dauer der Wohnungslosigkeit:	3,6 Jahre (5,1 SD)

Köln weist mit weitem Abstand die größte Gruppe straßenobdachloser Menschen unter den Befragten auf, in Düsseldorf (19,6 %), Essen (22,7 %) und Münster (29,7 %) liegt der Anteil deutlich darunter.

Deimel, D., Ferl, L., Gille, C., Mühlen, A., van Rießen, A., Schmitz, H., & Scholten, L. (2025). Offene Drogenszenen in NRW 2024. Einblicke in Lebenslagen, Konsum und Nutzung von Hilfsangeboten in Düsseldorf, Essen, Köln und Münster. Pabst Science Publishers.

Immobilien-OB-Kandidat Greitemann sieht alt aus

Mit den Stimmen von Grünen, SPD, Die Linke, FDP und Klimafreude wurde die Verwaltungsvorlage zur Aufstockung des Mietvertrags für das ehemalige Kaufhof-Verwaltungsgebäude am 4. Juli im Rat vertagt. Die CDUler machten lange Gesichter. Das Misstrauen gegenüber dem Baudezernenten und CDU-OB-Kandidaten wird immer größer. Auch die Presse veröffentlichte zahlreiche kritische Artikel.

Worum geht es? Die Stadt hatte 2022 einen Mietvertrag über 45.000 Quadratmeter Büroraum mit der Immobilienfirma Swiss Life bis zum Jahr 2045 über 300 Millionen Euro geschlossen. Im Mietpreis waren 27 Millionen Euro für Umbaukosten enthalten. Die neue Vorlage sieht eine Erhöhung der Kosten um 50 Millionen Euro sowie eine Verlängerung des Vertrags bis 2050 vor.

Beim alten Vertrag sollten die Feuerwache I und die Kunst- und Museums-Bibliothek als Interimslösung integriert werden. Beides ist jetzt nicht mehr möglich.

Die Ratsmitglieder Michael Weisenstein und Jörg Detjen haben Akteneinsicht genommen. Die Linke Ratsfraktion hat einen Änderungsantrag über ein Vorkaufsrecht eingebracht und erklärt:

„Das Rechnungsprüfungsamt hat das Fehlen eines Gesamtkonzepts für die Anmietung städtischer Räume kritisiert. Wir von der Fraktion Die Linke würden einen Neubau favorisieren und in der aktuellen Lage mindestens ein Vorkaufsrecht im Vertrag verankert sehen, damit die Stadt langfristig planen kann und sich die hohen Mieten und Umbaukosten rechnen. Ohne unseren Antrag nach Vorkaufsrecht im Grundbuch keine Zustimmung!

Einem Interim für die Feuerwehr in der Löwengasse werden wir zustimmen, weil die Feuerwehr dies inzwischen favorisiert.“

Wie es weitergeht, ist völlig unklar, da die Stadt bereits einen Mietvertrag geschlossen hat. Immer offensichtlicher wird, dass die Stadt Köln bei großen Projekten generell selber kaufen oder bauen sollte. Ende letzten Jahres wurde ein neues Bürohaus am Bahnhof Deutz für 290 Mio. Euro gekauft. Für 25 Jahre Miete von über 300 Mio. Euro ohne Vorkaufsrecht – das geht nicht!

Jörg Detjen

Am 2. Juli führten der DGB eine Konferenz zu ihren kommunalpolitischen Positionen zu städtischen Beteiligungsunternehmen durch. Es gab eine spannende Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen.

Jugendbeteiligung:

Untaugliche Symbolpolitik der FDP verhindert

In der letzten Ratssitzung fiel ein FDP-Antrag durch, der vorgab, die Partizipation von jungen Menschen zu erhöhen, in Wirklichkeit aber ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für die ohnehin überlastete Verwaltung war. Ein Bürokratieaufbauprogramm der selbst ernannten Bürokratieabbauer.

Viele teilen den Wunsch, junge Menschen stärker an die Politik heranzuführen. Die große Frage aber ist: Wie kann das gelingen? Unsere Antwort darauf ist: So nicht.

Beteiligungsverfahren für junge Menschen sind immer dann erfolgreich, wenn sie in ihren Lebenswelten vorkommen. Für die ganz Kleinen ist das die Spielplatzplanung, wobei sie beim Spielen auf dem Spielplatz angesprochen werden.

Für Jugendliche sind das Beteiligungsverfahren, die in den Jugendzentren und Jugendeinrichtungen stattfinden. Oder der sehr erfolgreich gelaufene Veedels-Check in Mülheim und Nippes, bei dem Jugendliche u. a. von jungen Menschen auf zentralen Plätzen im Veedel angesprochen wurden.

Der FDP-Antrag wollte, dass neben der Öffentlichkeitsbeteiligung bei städtischen Vorhaben eine Jugendbeteiligung stattfindet. Entweder entwickelt man dazu ein eigenes Instrument, das z. B. in den Jugendeinrichtungen angesiedelt ist. Dazu reicht der Antrag aber nicht aus. Davor muss das konzeptionell durchdacht und geplant werden und wir brauchen eine Debatte dazu im Jugendhilfeausschuss und müssen entsprechende Gelder bewilligen.

Oder es wird eine Kopie der Öffentlichkeitsbeteiligung für Erwachsene. Dass wir damit Jugendliche in einem nennenswerten Umfang erreichen, glauben wir nicht. Für die Verwaltung wäre es aber viel zusätzliche Arbeit. Diese Personalressourcen würden wir lieber in einer Ausweitung des Veedels-Check sehen. Das ist für uns ein Beteiligungsformat, mit dem man wirklich Jugendliche erreicht.

Für die ganz engagierten Jugendlichen besteht ja schon jetzt die Möglichkeit, sich einzubringen. Schon jetzt können Einwohner und Einwohnerinnen die Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung vorschlagen. Auf den Seiten der Stadt Köln ist dazu keine Altersbegrenzung angegeben. Da man ab 16 wahlberechtigt für die Kommunalwahlen ist, dürfte es aber auf alle Fälle ab 16 möglich sein, sich hier zu beteiligen.

Verabschiedet wurde ein Änderungsantrag des Bündnisses. Der ersetzte den untauglichen Antrag mit dem Status Quo. Auch der ist nicht der Endpunkt der Entwicklung, an dem wir wunschlos glücklich sind. Er ist aber immer noch besser als teure und untaugliche Symbolpolitik zu beschließen, um sich im Wahlkampf den Anschein von Sorge um Jugendinteressen zu geben.

Heiner Kockerbeck

Umbenennung von „Spielplätzen“

Warum das sein muss und keine Steuerverschwendung ist

Die Aufregung in den Medien und der Stadt war groß: Die Kölner Spielplätze werden in „Spiel- und Aktionsflächen“ umbenannt; die Schilder dazu ausgetauscht. Die „Welt“ skandalisierte den Vorgang; der CDU Fraktionsgeschäftsführer Kienitz nannte es einen “Schildbürgerstreich“; Oberbürgermeisterin Reker wollte den Vorgang im Rat neu entscheiden lassen. Das Wutgeheul betonte auch immer wieder die „leeren Kassen“, die „Verschwendung“ durch neue Schilder noch dämonischer erscheinen lassen.

Aber was war passiert?

Im September 2023 beantragten Grüne und CDU im Jugendhilfeausschuss, die Verwaltung solle zusammen mit Kindern und Jugendlichen ein neues Spielplatzschild entwickeln. Im Beschlusstext heißt es: „…Spielplätze in Köln, die für Kinder und Jugendliche da sind. Die oftmals veralteten Schilder geben dies jedoch nicht wieder und suggerieren, dass es sich lediglich um „Kinderspielplätze“ handele, die nicht von Jugendlichen genutzt werden dürfen. Sie laden nicht ein, betonen die Verbote und führen zu Konflikten auch mit Erwachsenen. Kinder und Jugendliche wünschen sich hier eine Verbesserung.“

Das leuchtete nicht nur uns ein, sodass der Beschluss einstimmig, ohne Gegenstimme oder Enthaltung getroffen wurde. Herr Kienitz als Geschäftsführer hatte seinen eigenen Antrag gezeichnet. Die Zustimmung der CDU dürfte auch nicht vor ihm verheimlicht worden sein.

Zwei Jahre später war die Jugend- und Kinderbeteiligung gelaufen und die Schilder fertig. Genau das teilte die Verwaltung auf der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vor der Sommerpause mit. In dieser Mitteilung konnte man auch nachlesen, wenn man es denn wollte, dass die Schilder nicht alle auf einmal ausgetauscht werden. Vielmehr wird das neue Schild bei jedem neugebauten Spielplatz angebracht sowie bei all denen, die saniert werden. Bei letzteren dürfte das Schild Jahrzehnte alt und austauschbedürftig sein.

Also: viel Aufregung um nichts! Wirklich? Nein!

Der eigentliche Skandal liegt darin, einen normalen, von allen Fraktionen getragenen Verwaltungsvorgang zu verdrehen und zu skandalisieren. Für Zeitungen wie die „Welt“ zahlt sich das aus. Empörung und Wut über vermeintliche Verschwendung erzeugen Klicks auf social media und Leserschaft. Von der Inszenierung eines vermeintlich gesunden Menschenverstandes gegen den „Verwaltungsirrsinn“ wollte auch die CDU kurz vor der Wahl profitieren. Was doppelt perfide ist, weil sie diesen Beschluss mitherbeigeführt hat.

Verloren hat die Demokratie, weil man sich anscheinend nicht mal mehr auf einvernehmliche Beschlüsse berufen kann. Sie werden auch von der Verwaltungsspitze, Oberbürgermeisterin Reker, in Frage gestellt. Eigentlich müsste sie die Verwaltung und die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses verteidigen statt in Frage zu stellen.

Und was lernen die Jugendlichen, die das aufmerksam verfolgt haben? Ihre Mitwirkung wird gerne eingefordert. Aber wenn sie dann mitreden, ist es auch egal, was sie sagen. Wie ging Demokratie nochmal?

Attila Gümüs

FDP möchte Autonomes Zentrum rechtspopulistisch schließen

Ein Antrag der FDP-Fraktion in der letzten Ratssitzung lief auf die Schließung des AZ hinaus. Der Umzug nach Kalk sollte nicht bezahlt und das eingesparte Geld für die nachmittägliche Öffnung der Schulhöfe verwendet werden. An seinem aktuellen Standort kann das AZ aber nicht bleiben.

Damit greift die FDP eine rechtspopulistische Kampagne der Springer-Zeitung „Die Welt“ auf, die die Finanzierung als Steuerverschwendung für Linksextreme thematisierte.

Im Antrag heißt es: „Die Jugend braucht offene Räume“. Dann ist es wiedersinnig, das AZ zu schließen. Es ist nämlich genau so ein offener Raum. Es ist ein selbst erkämpftes und -verwaltetes Jugendzentrum für Jugendliche und junge Menschen. Dort kann jeder und jede an den offenen Plena teilnehmen, wenn der junge Mensch denn die Werte des AZ teilt: Antirassismus, Antisexismus, Ablehnung der Diskriminierung von Minderheiten, Kapitalismus doof finden.

In Köln gibt es eine vielfältige Angebotspalette in der Jugendarbeit. Sie bildet die vielfältige und offene Stadtgesellschaft ab, derer sich Köln bei vielen Gelegenheiten rühmt. Und jetzt soll hier die Axt angesetzt und ein sich als links begreifendes Jugendprojekt zerstört werden, weil die Kommune unterfinanziert und viel zu wenig Geld für Jugendarbeit da ist?

Was ist denn das nächste verzichtbare Projekt, wenn die Kassen noch klammer sind? Wird dann an der LSTBI-Jugendarbeit gespart, weil das auch „nur“ eine Minderheit ist? Spezielle Angebote wie das queere Jugendzentrum anyway verstehen ssich ja auch zurecht als ein Projekt für eine bestimmte Gruppe.

Es ist schäbig, unterschiedliche Gruppen gegeneinander auszuspielen und der Mehrheit zu suggerieren, für sie wäre kein Geld da, weil man besondere Angebote bereithält. Auf dieses gefährliche Spiel ließen sich zum Glück die anderen demokratischen Fraktionen nicht ein. Beschlossen wurde schließlich ein Antrag von Grüne, CDU und Volt, im nächsten Schuljahr Geld für die Schulhoföffnung bereitzustellen und dauerhaft an einer kostenneutralen Lösung zu arbeiten. Das AZ ist damit gesichert.

Heiner Kockerbeck

Platzjabbeck

Bitte kostenlos schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

. . . . . .
Name, Vorname

. . . . . .
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln
Tel. 221-278 40, E-Mail: dielinke@stadt-koeln.de
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

„Für Queerrechte. Viele. Gemeinsam. Stark“ CSD so politisch wie lange nicht mehr

Schlechtes Wetter, gute Laune: 60.000 Teilnehmer*innen zogen am 6. Juni durch Köln, mehrere hunderttausend Menschen bejubelten den CSD-Umzug vom Straßenrand aus. Auch Die Linke und die Linksjugend war mit einem Wagen, einer Fußgruppe und Zuschauer*innen vertreten. Unter dem Motto „Alle Geschlechter gegen den Faschismus“ grüßten vom Wagen der Linken die Kölner Bundestagsabgeordnete Lea Reisner, der queerpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion Mike Brückner, die Ratsfrau Sarah Niknamtavin, die Kandidat*innen für den Stadtrat Isabel Gerken, Attila Gümüs und Denis Badorf und die Kandidatin für den Integrationsrat Tanas Giahparvar. Auf Schildern und in Redebeiträgen wurde deutlich, die Community fühlt sich (zurecht) von der Rechtsentwicklung bedroht. Lange war Solidarität nicht mehr so wichtig wie jetzt!